

# BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten  
zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe  
inkl. Porto: 6,- Euro / US-\$ 9,-  
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass!)

**Redaktion:**  
BLICKPUNKT ZUKUNFT  
Werner Mittelstaedt  
Ecksteins Hof 50  
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Die Ausgaben 1 – 62 sind als Volltext  
im Internet vorhanden!

[WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM](http://WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM)

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 62 · August 2015 · 35. Jahrgang

## Editorial

Reiner Braun und Christine Schweitzer starten diese Ausgabe mit dem hochaktuellen und lesenswerten Beitrag „Russland“ – *Versuch einer Positionsbestimmung aus der Friedensbewegung*. Dann folgt ein Gespräch mit dem renommierten Zukunftsforscher Rolf Kreibich, das Arik Platzek vom Humanistischen Verband Deutschlands geführt hat.

Auf den Hinweis „Zukunftsdialog D2030. Deutschland, deine Zukunft“, den der Z\_punkt-Gründer Klaus Burmeister im Juni gestartet hat, darf eine Zeitschrift, die eine gelingende Zukunft im Fokus hat, nicht verzichten. (Vielleicht möchten auch Sie beim Zukunftsdialog D2030 mitmachen?)

Neben Buchhinweisen und zukunftsrelevanten Informationen stehen dann alle weiteren Beiträge im Zusammenhang mit der durch uns Menschen verursachten Erderwärmung bzw. dem anthropogenen Klimawandel.

Der 75. Geburtstag von Hartmut Graßl, ein Pionier der Klimaforschung und Gründungsmitglied des Weltklimarates (IPCC) wurde am 18. März durch ein internationales Symposium zu seinen Ehren mit dem Titel „Klima – Wandel im Gipfeljahr 2015“ in Hamburg gefeiert. In meinem Beitrag (Seiten 17-18) gehe ich mit persönlichen Anmerkungen auf das Lebenswerk von Hartmut Graßl ein.

Werner Mittelstaedt

### Die Themen:

#### „Russland“ – Versuch einer Positionsbestimmung aus der Friedensbewegung

von Reiner Braun und Christine Schweitzer

---

#### Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA

Online unterschreiben unter: [www.stop-ttip.org](http://www.stop-ttip.org)

---

#### Arik Platzek vom Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) im Gespräch mit dem Zukunftsforscher Rolf Kreibich

---

Zukunftsdialog D2030

#### Deutschland, deine Zukunft

---

#### Schmelzende Gletscher: Peruaner fordert von RWE Geld für Schutzmaßnahmen ein

---

#### UN schaffen in Sendai neues internationales Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge

---

#### Weltweite CO<sub>2</sub>-Konzentration überschreitet im März erstmals den Wert von 400ppm

Germanwatch fordert eine Reaktion der G7

---

### Bücher:

#### Standards und Gütekriterien der Zukunftsforschung

Gerhold, L., Holtmannspötter, D.,  
Neuhaus, C., Schüll, E., Schulz-Montag, B.,  
Steinmüller, K., Zweck, A. (Hrsg.)

#### SMALL

Werner Mittelstaedt

---

#### Hartmut Graßl feierte seinen 75. Geburtstag

von Werner Mittelstaedt

---

[www.klimaretter.info](http://www.klimaretter.info)

---

Sekretariat für Zukunftsforschung - SFZ

# „Russland“ – Versuch einer Positionsbestimmung aus der Friedensbewegung von Reiner Braun und Christine Schweitzer

## Vorwort

Die dramatischen Ereignisse in der Ukraine haben die Frage: „wie hältst Du es mit Russland?“ erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die politische Auseinandersetzung um den „Friedenswinter“ wurde besonders in einigen Medien immer wieder auch mit dem Vorwurf des „Russland-Verstehers“ geführt. Einige PolitikerInnen gehen sogar so weit, sich ein militärisches Engagement der EU zum Schutz der Ukraine zu wünschen. Und die NATO drückt mit Manövern in Osteuropa, der Aufstellung einer schnellen "Osteuropa-Eingreiftruppe", an der Deutschland sich maßgeblich beteiligen will, und Ankündigungen ihrer Mitgliedsländer, die Rüstungsetats in den kommenden Jahren zu erhöhen, ihre Bereitschaft aus, 25 Jahre nach der Auflösung des Ostblocks militärische Abschreckung wieder in den Vordergrund zu stellen.

Gründe genug, einmal eine Einschätzung der russischen Politik zu versuchen. **Es geht uns dabei nicht um eine Analyse der Ukraine-Krise, sondern um die Analyse der Militärpolitik eines der Konfliktbeteiligten, Russlands.** Dabei spielen nicht nur die Ukraine, sondern auch weitere außen- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte eine Rolle, von der Politik Russlands innerhalb des vormalig sowjetischen Machtbereichs bis zu Russlands Atomwaffen und seiner konventionellen Rüstung.

Dieses Papier ist von den beiden AutorInnen entworfen und auf der Basis von Rückmeldungen aus der Kooperation für den Frieden zwischen Januar und April 2015 überarbeitet worden.

Verantwortet wird es allein und persönlich von den beiden AutorInnen, Reiner Braun und Christine Schweitzer.

## Einleitung

Die Frage der Positionierung zur Sowjetunion bzw. seit 1991 zu Russland (ohne behaupten zu wollen, dass Russland mit der UdSSR gleichzusetzen sei) ist keine neue. Seit der Gründung der Sowjetunion begleitet sie die Friedensbewegungen – teilweise von außen als Verdacht geäußert, man würde "die Sache des Feindes betreiben", teilweise im Kontext der

Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Spektren in den Bewegungen selbst entstehend. Besondere Höhepunkte erfuhr die Debatte, als die Staaten des Warschauer Pakts 1968 in der Tschechoslowakei einmarschierten, um den „Prager Frühling“, eine frühe Demokratisierungsbewegung, gewaltsam zu beenden, und angesichts der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen (SS-20) in den 1980er Jahren.

Allerdings fanden all diese Diskussionen in den Parametern der unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme statt, und es waren in erster Linie diejenigen im Westen, die dem Sozialismus sowjetischer Prägung nahestanden, die keine Kritik an der Sowjetunion zulassen wollten. Heute ist Russland ein kapitalistisches Land mit einer formalen Demokratie, die aber deutlich totalitäre Züge trägt. Ungeachtet dessen haben manche der alten Argumentationsmuster und auch die Trennlinien innerhalb der westlichen Bewegung „überlebt“.

Wir stehen also vor keiner neuen Frage. Und auch heute geht es nicht um eine politische Vereinheitlichung unterschiedlicher Positionen, sondern um einen Beitrag zu einer solidarischen Diskussion.

Die folgende Aufzählung von Aspekten benennt Gesichtspunkte, die für die Debatte über die Rolle Russlands und seine Politik von Bedeutung sind. Nicht alle mögen in dieser Schärfe von allen in der Friedensbewegung geteilt werden. Danach kommen wir dann auf die unterschiedliche politische Bewertung des Verhaltens Russlands, auch in Bezug auf die Ukraine, ausdrücklich zu sprechen.

## Aspekte

1. Der Westen hat auch nach dem Ende des Ost-West Konfliktes das Feindbild „Sowjetunion / Russland“ nicht vollständig aufgegeben. Insbesondere in den USA wurde eine neue Konfrontation mit Russland von SicherheitsexpertInnen und der Politik nie ausgeschlossen – teilweise stritt man nur darum, ob eher China oder eher Russland der neue große Feind sein werde. Beinahe folgerichtig verstieß der Westen immer wieder gegen den Geist und Buchstaben vertraglicher und mündlicher Vereinbarungen, die in der

Zeit kurz nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion mit der UdSSR/Russland getroffen wurden. Dazu gehört besonders der Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung bis an die russische Grenze, die Russland als eine militärische Einkreisungspolitik verstehen musste. In der Charta von Paris von 1990 verpflichteten sich die Staaten Ost- und Westeuropas, die Sowjetunion, die USA und Kanada zu Demokratie und einem friedlichen Miteinander. Die Schwäche Russlands in der Zeit von Präsident Jelzin in den 1990er Jahren wurde in der westlichen Außenpolitik systematisch ausgenutzt, die Osterweiterungen von NATO und EU voranzutreiben; über Einwände Russlands gegen westliche Politik (z.B. in der Zeit der Kriege im ehemaligen Jugoslawien) setzte man sich bedenkenlos hinweg. (Damit soll nicht das Recht der mittel- und osteuropäischen Staaten bestritten werden, selbst über ihre außenpolitische Ausrichtung zu entscheiden. Aber es war die Entscheidung der „alten NATO“, sie zu einer Mitgliedschaft zu ermutigen und dann aufzunehmen. Mögliche Alternativen, z. B. eine Stärkung der KSZE/ OSZE, wurden ausgegrenzt.) Die NATO sah sich als Gewinnerin des Kalten Krieges, und der Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" wurde als Ergebnis der eigenen offensiven Aufrüstung („Totrüsten“) gefeiert. Der jahrzehntelange Hoffnung praktisch aller US-Regierungen, die USA zur einzigen Supermacht zu machen, schien man einen Schritt näher gerückt. Folgerichtig löste sich die NATO nicht auf, sondern schuf lediglich einen NATO-Russland-Rat zur Abstimmung mit Russland (NATO-Russland-Grundakte von 1997) im Rahmen des NATO-Partnerschaftsprogramms. Weitergehende alternative Friedenskonzepte auf der Basis gemeinsamer Sicherheit, des Gorbatschow'schen „gemeinsamen Hauses Europa“, wurden verworfen. Die NATO erweiterte sich von 16 Mitgliedern (1989) auf heute 28, zu denen sechs Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien) gehören, die zuvor dem Warschauer Pakt angehörten, und mit den baltischen Staaten drei frühere Sowjetrepubliken. Die russischen Überlegungen einer gemeinsamen Raketenabwehr in Azerbeidjan, die sicher nicht die Unterstützung der Friedensbewegung gefunden hätten, wurden

abgelehnt. Stattdessen bildeten Modernisierung von Atomaffen und die Modernisierung der Armeen der neuen NATO-Partner die Grundlage einer in Russlands politischen Elite und in weiten Teilen der Bevölkerung empfundenen westlichen Bedrohung.

2. Die einheitlich von allen westlichen Regierungen getragene NATO-Osterweiterung soll nicht vergessen machen, dass es innerhalb der NATO unterschiedliche ökonomische und politische Interessen gegenüber Russland gab und gibt. Die Eindämmungspolitik gegenüber Russland (einschließlich der Errichtung von Militärbasen) ist besonders in den USA niemals aufgegeben worden. In Westeuropa bestehen hingegen traditionell enge wirtschaftliche Bindungen an den russischen Raum. So auch in Deutschland: Die deutsche Politik kann vielleicht am besten als „kooperative Konfrontation“ zusammengefasst werden. Ökonomisch profitierten in Deutschland die Eliten seit Jahrzehnten von der Kooperation und dem Handel mit der Sowjetunion und Russland. Auf politischer Ebene überwogen in unterschiedlichen Regierungen und Regierungsperioden einmal die Kooperation und einmal die Konfrontation. Unterschiede zwischen (west-)europäischer und US-amerikanischer Politik wurden auch anlässlich der Ukraine-Krise deutlich. Während die WesteuropäerInnen, insbesondere Frankreich und Deutschland, sich um eine Verhandlungslösung bemühten, haben die USA (und die osteuropäischen NATO-Staaten) auf Aufrüstung gesetzt; die USA liefern inzwischen auch Waffen an die Ukraine.
3. Ganz andere Erfahrungen als die Westeuropas prägen die meisten Länder Osteuropas und des Baltikums, die ein erneutes Erstarken Russlands und eine militärgestützte Expansion fürchten. Die unter (5) angesprochene Politik Russlands in dem, was es als den „eigenen Hinterhof“ versteht, und die Spannungen zwischen Balten und der russischen Minderheit in ihren Ländern haben hier auch schon vor der Eskalation in der Ukraine zu Besorgnis geführt. In NATO wie EU sind es diese osteuropäischen Staaten, die eine harte Linie gegenüber Russland befürworten und Sicherheitsgarantien auch militärischer Art einfordern. Historisch erklärliche Vorbehalte gegenüber

Russland besonders aus Polen und den baltischen Staaten werden von der NATO aber auch instrumentalisiert, um sowieso geplante Rüstungsvorhaben wie z.B. die Modernisierung der Atomwaffen voranzutreiben.

4. Russlands Sicherheitspolitik ist nicht zu verstehen ohne die traumatischen Erfahrungen der Überfälle Frankreichs unter Napoleon und Deutschlands unter Hitler – der sog. „Große Vaterländische Krieg“ hat in der Sowjetunion 27 Millionen Tote und massivste Zerstörungen hinterlassen. Ein „nie wieder“ ist ein verbindendes Element des politischen Verständnisses, das Eliten und die Bevölkerung Russlands teilen. Dabei wird in der russischen Diskussion allerdings meist ausgespart, dass die Sowjetunion unter Stalin sich zuvor mit Deutschland verbündet hatte. Eine wirkliche Aufarbeitung der Zeit von Stalinismus und Nationalsozialismus hat in der Sowjetunion/Russland nie stattgefunden. (Ebenso wenig in der Ukraine und den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks.)
5. Eine besondere Bedeutung für Russlands Sicherheitspolitik hat das sogenannte „nahe Ausland“, die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion, in denen (auch) Menschen russischer Nationalität leben. Hier behauptet Russland, eigene Sicherheitsinteressen zu haben. Nach einer ersten Welle von Unabhängigkeitserklärungen von Ländern aus dem sowjetischen Raum hat Russland versucht, jegliche weitere Sezession aus der Russischen Föderation auch mit militärischer Gewalt zu verhindern (Tschetschenien, Inguschetschien, ...) Seit einigen Jahren werden, auch aus den engsten Kreisen um Putin und von Putin selbst, Äußerungen gehört, die eine revisionistische Politik und die Sicherung eines eigenen Machtraums notfalls auch mit militärischen Mitteln als Politikziele formulieren. Das gegenwärtige militärische Engagement in den Konflikten in Transnistrien und Georgien (Südostsetien und Abchasien) sind ebenfalls Ausdruck davon. In diesen Quasi-Republiken nutzte Russland die (völkerrechtlich konforme) Stationierung seiner Truppen als Peacekeeper, um diese Gebiete seinem Machtbereich wiederinzugliedern. Beide vormalig georgischen Provinzen – von Russland nach dem

Versuch Georgiens, Südostsetien militärisch zurückzuerobern, 2008 als "unabhängige Staaten" diplomatisch anerkannt - sind gegenwärtig im praktischen Sinne viel mehr Teil Russlands als Georgiens. Die Berufung durch Russland auf den "Präzedenzfall Kosovo", wo der Westen einseitig eine Unabhängigwerdung zuließ, ist dabei bestenfalls eine argumentative Waffe im Streit mit dem Westen, aber völkerrechtlich nicht von Relevanz.

6. Die russischen Rüstungsausgaben sind seit 2004 kontinuierlich gewachsen und stiegen, in Rubel gerechnet, von 2013 auf 2014 um 8,1 Prozent an (obwohl aufgrund der Rubelschwäche die absolute Summe in USD bei 84,5 Mill. blieb). Russland ist Spitzenreiter in Europa und liegt weltweit seit Jahren hinter den USA (610 Milliarden, 2013 waren es noch 640 Mill.) und China mit 216 Milliarden (2013: 191 Mill.) an dritter Stelle. Für 2015 sagt das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI eine weitere Erhöhung um 15% voraus. Bei den Atomwaffen hat Russland seine Abrüstungsverpflichtungen aus „START“ und "New START" bislang erfüllt. In letzterem Vertrag haben sich Russland und die USA verpflichtet, die Zahl ihrer strategischen Atomwaffen je auf 1.550 Stück zu reduzieren. Diesem Ziel kommen die Länder SIPRI zufolge näher. Allerdings: Die USA und Großbritannien planen eine Modernisierung ihrer Atomwaffen. Und in jüngster Zeit wurde von russischen Medien berichtet, dass eine neue Generation von seegestützten (also nicht unter den INF-Vertrag fallenden) Cruise Missiles in Bau sei, die eine Reichweite von über 1.500 km haben und damit als strategische Waffen gewertet werden können. Diese Ankündigung wurde als Antwort auf die Bedrohung aus den USA bzw. der NATO präsentiert. Vorbereitet wurde sie, als die NATO ihren umstrittenen „Raketenschirm“ in Polen und Tschechien installierte und die USA den KSE-Vertrag einseitig aufkündigten. Eine neue Runde des Wettrüstens deutet sich an. Russlands Rüstungsexporte sind sehr hoch, belasten die Länder des Südens finanziell schwer und sind kriegs- und konfliktverschärfend. 2013 war Russland mit 15,7 Milliarden US-Dollar der zweitgrößte Waffenexporteur – wieder nach den USA. Der Anteil der USA am globalen Rüstungsex-

portmarkt beträgt 39%, der Russlands 14%.

7. Die Außenpolitik Russlands in jüngster Zeit lässt sich mit folgenden Sichtworten umreißen:
- Die Schaffung der neuen Wirtschaftsunion (Eurasische Union) mit Belarus, Kasachstan und jetzt auch Armenien ist ein Versuch, ein wirtschaftliches Gegengewicht zur EU zu schaffen und gleichzeitig die politischen Partner auch wirtschaftlich an sich zu binden. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Visafreiheit der meisten BürgerInnen der ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme des Baltikums), die zu einer hohen Zahl von ArbeitsmigrantInnen aus diesen Ländern nach Russland geführt hat.
  - Es findet eine Annäherung Russlands an China mit dem Bestreben statt, auf diese Weise die ökonomischen Einbußen aus dem aufgrund der Sanktionen zurückgehenden Handels mit dem Westen auszugleichen. Darüber hinaus kann aber auch ein Sicherheitsinteresse vermutet werden: China ist die dritte Großmacht: wer China als Partner gewinnt, hat eindeutige Vorteile gegenüber dem Dritten. Auch an die Türkei hat in jüngerer Zeit eine erneute Annäherung stattgefunden.
  - In den letzten Jahren nahm Russland gelegentlich eine diplomatische Oppositionsrolle in internationalen Organisationen und Begegnungen ein, sehr im Stile des alten Ost-West-Konflikts. Das Verhalten Russlands im Sicherheitsrat zu Syrien 2011/2012 ist das jüngste, aber nicht einzige Beispiel hierfür. Syrien unter Assad war für Russland ein wichtiger Partner bei Rüstungsexporten, und Russland unterhält in Tarsus seinen einzigen Tiefwasserhafen im Mittelmeer. Andererseits hat Russland bei anderen Gelegenheiten in jüngerer Zeit eine konstruktive Rolle gespielt, z.B. bei der Vernichtung der syrischen Giftgasvorräte und bei den Nuklearverhandlungen mit dem Iran.
8. Die Charakterisierung der russischen Sicherheits- und Außenpolitik ist von vielen Faktoren abhängig, u.a. historischen und sozialen Entwicklungen, gesellschaftlichen Kräftekonstellationen etc. Sie ist aber auch nicht zu trennen von dem Charakter des Gesellschaftssystems. Die russischen Eliten und die Bevölkerung Russlands haben den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Ein-

führung eines durch keinerlei soziale Gesetze gehemmten Kapitalismus, entstanden in einem historisch kurzen Prozess durch weitgehende räuberische Aneignung ehemaligen Staatseigentums und basierend auf Extraktivismus, nur teilweise akzeptiert. Die Schere zwischen arm und reich entwickelte sich schnell und extrem, obwohl in den letzten zehn Jahren allgemein der Lebensstandard aufgrund der steigenden Gas- und Erdölpreise gestiegen war; Oligarchenwesen, Vetternwirtschaft und Korruption stellen Wesensmerkmale einer nur formal vollzogenen Demokratisierung dar. Unterdrückung unabhängiger Opposition durch Einsatz von Polizei, Sicherheitskräften und Geheimdiensten, ein Justizwesen, das weitgehend von der Politik abhängig ist, die engen Verbindungen zwischen Staat und orthodoxer Kirche sind weitere Faktoren des „Systems Putin“. (Die hier angesprochenen Elemente sind natürlich auch in vielen anderen Ländern zu finden – Korruption und Vetternwirtschaft gibt es nicht nur auch in der Ukraine, sondern ist weltweit verbreitet; eine auf Extraktivismus basierende Wirtschaft ist Merkmal vieler Staaten der Ersten wie der sog. Dritten Welt, usw. ).

9. Es gibt in Russland eine – teilweise noch aus der Zeit der Sowjetunion datierende, teilweise in den 1990er oder erst in den letzten zehn Jahren entstandene – aktive zivilgesellschaftlich-demokratische Opposition. Dazu gehören Menschenrechtsgruppen wie Memorial, die Bewegung der Soldatenmütter, Kriegsdienstverweigerer und Andere. Sie sind ebenso wie unabhängige Presseorgane der Repression der Regierung ausgesetzt, die von willkürlichen Verhaftungen und Haftstrafen bis zu politischen Morden reicht. Bei den Demonstrationen gegen Putin treten allerdings auch nationalistisch-rechtspopulistische Strömungen in Erscheinung, wobei ein anderer Teil der Rechten zu den Unterstützern Putins gehört.

### **Bewertungen**

Die Bewertung der Politik Russlands ist in der deutschen Friedensbewegung unterschiedlich. Die einen sehen Russlands Politik als eine reaktive geostrategische Politik der Sicherung des eigenen Einflussbereiches gegen eine weitere Expansion der NATO. Sie

weisen darauf hin, dass politische Alternativen durch Russland formuliert, z.B. eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa (Medwedjew) oder ein Europa gemeinsamer Sicherheit (Putin), vom Westen aber verworfen oder abgelehnt worden seien. Die Vorschläge Putins für eine multipolare Weltordnung auf Basis der UN Charta und des Völkerrechts (siehe seine Rede auf der Sicherheitskonferenz 2007) seien niemals ernsthaft geprüft worden. Russland wolle auf Augenhöhe ernst genommen werden, Unvernunft und politischer Triumphalismus des Westens hätten krisenverschärfend und vertrauenszerstörend gewirkt. Aus dieser Sicht ist Russlands Militärdoktrin defensiv orientiert, aber „kriegs-offen“ im Sinne der Verteidigung von Russlands Interessen. Russlands Sicherheitspolitik sei also sicher keine Friedenspolitik im Verständnis der Friedensbewegung als Absage an Krieg und Konfrontation, aber verständlich und nachvollziehbar. Das Problem wird in dieser Sichtweise vorrangig oder alleinig im Westen gesehen, der versuche, durch einen von ihm organisierten „Putsch“ in der Ukraine Russland unter Druck zu setzen.

Für die anderen betreibt Russland innerhalb der von ihm definierten Interessenssphäre (was vor allem die Nachbarländer sind) eine aggressive und militärgestützte Politik. Seine Rüstungsanstrengungen und -vorhaben seien ebenso abzulehnen wie die der NATO. Die Friedensbewegung sollte sich genauso in Opposition zur NATO wie zu Russland und dessen Verbündeten einordnen. Russische Rüstungsexporte, das Beibehalten und der Ausbau seiner Atomwaffen, seine Menschenrechtsverletzungen gegenüber der eigenen Bevölkerung gelte es genauso anzuklagen wie ihr Spiegelbild innerhalb der NATO.

Für beide idealtypischen Positionen (zwischen denen es natürlich verschiedene Abstufungen gibt), gilt: Eine alternative Friedenspolitik wäre eine Politik der Verständigung, der Verhandlungen und des Ausgleichs. Lösungen für alle diese Konflikte können aus friedensbewegter Sicht nur im Rahmen von Verhandlungen unter Einbeziehung übergreifender Institutionen wie der OSZE oder dem Europarat gefunden werden.

## Zur Bewertung der Ukraine-Krise

Hier spiegeln sich die oben beschriebenen unterschiedlichen Bewertungen der Politik Russlands. Einigkeit besteht darin, dass der Konflikt und der Krieg in der Ukraine ohne die Osterweiterung der NATO und den Aufstand auf dem Maidan nicht zu erklären sind. Eine Westintegration ohne Abstimmung, ohne Berücksichtigung der verschiedenen ökonomischen, politischen, sozialen, regionalen Interessen auch im Lande selber kann nur zu Konflikten führen. Nationalistische Stimmungen auf allen Seiten sind krisenverschärfend, die Rolle rechtsradikaler Organisationen und ihre Akzeptanz förderten und fördern keinen Dialog. Gemeinsame Sicherheit ist auch immer die Sicherheit der anderen Seite. Dagegen hat der Westen politisch über lange Zeit verstoßen.

Für den Westen ist die Ukraine sowohl geopolitisch in Bezug auf Russland (Erweiterung der eigenen Einflussosphäre), als Durchgangsweg von russischem Erdgas und zumindest potenziell auch ökonomisch, als Billiglohnland, Produzent eigenen Gases und Importeur westlicher Güter interessant.

Zwischen der Ukraine und Russland bestand eine gegenseitige Abhängigkeit: Russland war Hauptabnehmer von Industriegütern aus der Ukraine (während in die EU vorwiegend Rohstoffe exportiert werden), und die Ukraine bezieht ihr Erdgas aus Russland. Zu den für Russland wichtigen Industrieanlagen gehörten auch Fabriken, in denen Teile für Russlands Atomraketen produziert wurden. Damit ist Russlands Interesse an der Ukraine wirtschaftlicher und auch militärischer Natur und nicht nur auf die Marinebasis auf der Krim am Schwarzen Meer beschränkt. Zum zweiten ist die Ukraine mit ihrer langen gemeinsamen Grenze zu Russland von strategischer Bedeutung für Russland – als Vorfeld und Puffer zu den Staaten, die sich nach 1991 der EU und NATO angeschlossen haben. Und zum dritten sind die BürgerInnen beider Länder eng verbunden (gewesen), besonders aber nicht nur in der Ostukraine– Russisch ist die Muttersprache vieler UkrainerInnen, beinahe unabhängig davon, ob Menschen sich in Volkszählungen als ethnische UkrainerInnen oder RussInnen bezeichneten.

Unterschiedliche Positionen gibt es gegenüber dem Aufstand in der Ukraine 2013-2014. Für die einen war es – entsprechend der Lesart, wie sie auch von den russischen Medien präsentiert wird – ein

vom Westen betriebener und finanzierter Putsch gegen eine legitime, wenngleich korrupte Regierung. Die Beteiligung rechtsextremer Kreise an dem Umsturz und an der Übergangsregierung wird entsprechend betont. Für die Anderen war der Euromaidan eine legitime Aufstandsbewegung, deren Ursachen vorrangig in der Korruption und dem Oligarchentum der Ukraine zu suchen seien. Die Unterstützung der demokratischen Kräfte durch westliche Sponsoren dürfe nicht mit einer Steuerung von außen verwechselt werden. Die Beteiligung rechtsextremer Kreise dürfe nicht überbewertet werden, und es wird auch darauf hingewiesen, dass zumindest Teile der Rebellen in der Ostukraine und auch das System Putin selbst nicht jenseits rechtsextremer Tendenzen seien.

Aus dieser Sicht war die Integration (Annexion) der Krim in die Russische Föderation, die nach Ansicht der meisten BeobachterInnen wohl auf mehrheitliche Unterstützung der dortigen Bevölkerung trifft, auch wenn die Zahlen des Referendums unglaubwürdig sind, völkerrechtlich mehr als fragwürdig, auch wenn sie nicht die erste einseitige Grenzänderung (Kosovo, Abchasien usw.) nach dem Ende des Kalten Krieges war. (Allerdings ist der Kosovo nicht wirklich ein Präzedenzfall, da dieser nicht wie die Krim einem anderen Staat angeschlossen, sondern unabhängig wurde.) Für die anderen ist der Herrschaftswechsel auf der Krim ein freiwilliger Anschluss an Russland, der den breiten Mehrheitswillen der Bevölkerung widerspiegelt.

Was den Krieg in der Ostukraine (Donbass) betrifft, so gibt es in der deutschen Friedensbewegung Unterschiede in der Betonung der Rolle Russlands, bis hin zur Übernahme der russischen Version einer Nichtbeteiligung Russlands an dem Bürgerkrieg. Die offizielle ukrainische Sicht, der zufolge der Krieg allein auf eine Aggression Russlands zurückginge und die Aufständischen „Terroristen“ seien, wird hingegen von praktisch allen in der Friedensbewegung in Zweifel gezogen.

## Schlussgedanken

Eine Friedenspolitik als partizipatorische freiheitliche Politik selbstbestimmter Menschen sieht anders aus als die Politik, die Russland derzeit betreibt. Für die Friedensbewegung ist die Demokratie die „Luft zum Atmen“, deswegen verteidigen wir sie in unserem

Land und fordern sie weltweit. Mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, ihrer Rolle in der Gesellschaft, ihren Worten und Taten darf sich die herrschende Politik nur geistig und argumentativ auseinandersetzen, niemals administrativ und unterdrückend – diese Anforderung gilt bei uns und überall. Aktive BürgerInnen und Zivilgesellschaften sind auch ein Unterpfand für eine friedlichere Entwicklung einer Gesellschaft und müssen Achtung finden. Wenn oppositionelle Kräfte aber instrumentalisiert werden, um einen Umsturz zugunsten eines genehmeren Regimes zu bewerkstelligen (s. Sturz von Allende in Chile), muss dies politisch offengelegt und bekämpft werden.

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehören auch immer freie und unabhängige Medien. Wir wissen, wie weit wir davon in unserem Lande entfernt sind, deswegen unterstützen wir erst recht unabhängige Medien auch in Russland und wenden uns gegen jede Form der Zensur.

Die äußere Übereinstimmung von Äußerungen russischer PolitikerInnen mit Positionen aus der Friedensbewegung kommt aus sich teilweise überlappenden Anliegen:

- Gegnerschaft zur NATO. Dabei ist die NATO-Kritik der Friedensbewegung viel umfassender und nicht interessens-, sondern friedensgeleitet.
- Politik der Entspannung, prinzipiell bei der Friedensbewegung, interessensgeleitet bei Russland.
- Forderung nach Abrüstung: Russland fürchtet einen neuen Rüstungswettlauf.
- Die russische Außenpolitik setzt(e) stark auf kooperative Formen. Dies galt besonders für die Zeit bis 2012, aber der neue Vorschlag Putins einer Wirtschafts- und Sicherheitszone von Lissabon bis Wladiwostok knüpft da wieder an.
- Die Vereinten Nationen, die OSZE und der Europarat - und nicht die expansive und von geostrategischen Interessen bestimmte NATO - als die Organisationen, in deren Rahmen die Konflikte bearbeitet werden sollen. Besonders OSZE und Europarat haben in der Ukraine-Krise eine positive Rolle gespielt und haben das Potenzial, noch viel mehr zu leisten.

Frieden in Europa – so formuliert in dem Aufruf der 60 prominenten Persönlichkeiten zur Ukraine-

Krise – ist untrennbar mit kooperativen Beziehungen zu Russland verbunden. Sanktionen schaden allen Seiten. Angesichts der tiefen Vertrauenskrise, die zurzeit besteht, liegt darin eine große Herausforderung auch für die Friedensbewegung. Ohne eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, der Achtung des anderen, werden wir von einer Krise zur nächsten schlittern, und auch ein großer Krieg in Europa bleibt eine aktuelle Gefahr.

Die vorhandenen Konflikte, wie sie nicht nur in der Ukraine bestehen, müssen überall und unabhängig von den Interessen der jeweiligen internationalen "Schutzherren" ohne Gewaltanwendung bearbeitet werden. Zivile Konfliktbearbeitung bietet dazu viele Ansätze. Dazu gehören Dialogformaten auf allen Ebenen und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaften und die Etablierung von Minderheitengesetzgebungen. Dazu gehören auch langfristige Ansätze der Friedensbildung und Beschäftigung mit der unaufgearbeiteten Vergangenheit, die mindestens bis in die 1930er Jahre (Nationalsozialismus/Faschismus, Stalinismus) zurückreicht, um vorhandene Vorurteile und Ressentiments zu überwinden. Für die Friedensbewegung stellen sich u.a. folgende Fragen: Mit welchen russischen Friedensorganisationen können wir zusammenarbeiten? Welche russischen Medien unterstützen Friedensprozesse? Welche PartnerInnen gibt es in der Ukraine, mit denen wir zusammenarbeiten können? Welche unabhängigen ukrainischen Medien gibt es? Wie können wir die große Zahl an Kriegsdienstverweigerern und -vermeidern in der Ukraine

unterstützen? Was können wir tun, dass Minsk II zu einem wirklichen Friedensprozess führt? Welche Vorschläge und Forderungen können wir an unsere Regierungen richten (z.B. Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, Stopp von Waffenlieferungen usw.)? Gibt es Dinge, die wir als Zivilgesellschaft in die eigenen Hände nehmen können? All diese und weitere Vorschläge sind anderenorts ausgearbeitet worden (siehe z.B. die Arbeit der Arbeitsgruppe Ukraine der Kooperation für den Frieden).

Es geht um den Frieden in der Ukraine, aber auch um viel mehr: um eine neue Entspannungspolitik, um Abrüstung und die Überwindung von Krieg. Gut nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland sind im Interesse unseres Landes und ganz Europas. Fazit aus Sicht der Friedensbewegung: Die Friedensbewegung formuliert ihre Aussagen gegen den Krieg und für Frieden und Abrüstung unabhängig von Regierungen, Parteien und sonstigen Institutionen, demokratisch, basisnah und partizipativ.

Der Text wurde am 1. Juni 2015 fertiggestellt.

**Reiner Braun** ist Geschäftsführer der IALANA und Co-Präsident des IPB.

E-Mail: Hr.Braun@gmx.net

**Dr. Christine Schweitzer** ist Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung ([www.ifgk.de](http://www.ifgk.de)) und Co-Geschäftsführerin im Bund für Soziale Verteidigung.

E-Mail: CSchweitzerIFGK@aol.com

**SELBSTORGANISIERTE**

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE  
GEGEN TTIP UND CETA**

### **Gegenstand**

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

### **Wichtigste Ziele**

Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

**Online unterschreiben unter: [www.stop-ttip.org](http://www.stop-ttip.org)**

## Arik Platzek vom Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) im Gespräch mit dem Zukunftsforscher Rolf Kreibich

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Kreibich, bitte skizzieren Sie kurz die Unterschiede zwischen Zukunftsforschung bzw. den future studies und der sogenannten Trendforschung.

**Rolf Kreibich:** Meine Definition von Zukunftsforschung (ZF), die sich weithin in Europa durchgesetzt hat, lautet: "Zukunftsforschung ist die wissenschaftliche Befassung mit wahrscheinlichen, möglichen und wünschbaren Zukunftsentwicklungen (Zukünften) und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart." Die ZF arbeitet im Gegensatz zur Trendforschung auf der Basis üblicher wissenschaftlicher Qualitätskriterien wie Logische Konsistenz, Überprüfbarkeit, Terminologische Klarheit, Transparenz, Explikation der Prämissen und Randbedingungen etc. Während die ZF immer langfristige Perspektiven multifaktoriell-ganzheitlich und in der Regel global vernetzt analysiert und für die großen Herausforderungen wie Energie-, Wasser-, Klima- und Ressourcenprobleme sowie für internationale ökonomische, finanzpolitische, technologische oder weltweite soziale und kulturelle Disparitäten Lösungen zu erarbeiten versucht, ist die Trendforschung auf kurzfristige Modeerscheinungen und Meinungstendenzen ausgerichtet. Vielfach kreiert sie selbst Trends, die nicht wissenschaftlich begründet werden, aber vom Marketing und Management in Unternehmen aufgegriffen werden, um Produktion und Konsum anzukurbeln.

**Arik Platzek:** Der vor rund 30 Jahren geprägte Begriff Megatrend ist in die Zukunftsforschung eingegangen, der einem im Alltag und auch in den Medien zwar selten, aber doch hin und wieder begegnet. Können Sie kurz erklären, was Megatrends sind?

**Rolf Kreibich:** In der wissenschaftlichen Zukunftsforschung gibt es zahlreiche seriöse Arbeiten, die sich mit Trends befassen. Dabei geht es um die Herausarbeitung wichtiger Entwicklungstendenzen, die sich aufgrund von Analysen und Zukunftsprospektionen ergeben. Das sind wichtige Angaben darüber, wie sich unter bestimmten Anfangs- und Rahmenbedingungen zum Beispiel das Klima oder das Artensterben oder ethnische Konflikte entwickeln werden. Von

diesen sogenannten Basistrends gibt es zahlreiche. Wir haben daraus die Megatrends erarbeitet, die die wichtigsten für die Entwicklung im 21. Jahrhundert sind. Nach unserer Bestimmung sind das solche, die mit fundamentalen Veränderungen in Gesellschaft und/oder der natürlichen Umwelt verbunden sind sowie starke globale und langfristige Wirkungen und Folgen haben. An erster und zweiter Stelle stehen danach die Megatrends 'Wissenschaftliche und technologische Innovationen' sowie 'Belastungen von Umwelt und Biosphäre/Raubbau an den Naturressourcen'.

**Arik Platzek:** Obwohl die Zukunftsforschung vor mehr als 50 Jahren begründet wurde, scheint diese Disziplin wenig bekannt und auch medial kaum präsent zu sein. Woran liegt das?

**Rolf Kreibich:** Das gilt im Prinzip nur so extrem für den deutschsprachigen Raum. In den USA, in den skandinavischen Ländern, in Japan, Australien usw. ist das ganz anders. Dort findet wissenschaftliche Zukunftsforschung an allen bedeutenden Universitäten und zahlreichen Forschungseinrichtungen statt. Leider haben die dominierenden Wissenschaftsinstitutionen in Deutschland wie Wissenschaftsrat, DFG und Hochschulrektorenkonferenz noch immer ein völlig antiquiertes Wissenschaftsverständnis, das seriöse Zukunftsforschung nicht einschließt. Deshalb gibt es heute in der Bundesrepublik über 3400 öffentlich geförderte wissenschaftliche Institutionen, die sich mit der Vergangenheit befassen, aber keine einzige, die eine ganzheitliche Zukunftsforschung vertritt. Dies, obwohl gerade die wissenschaftliche Zukunftsforschung immer wieder Lösungen für zahlreiche globale Herausforderungen erarbeitet hat, so etwa im Rahmen des Leitkonzeptes für Nachhaltige Entwicklung, für den Schutz des Klimas oder die Verhinderung eines Zusammenbruchs des globalen Finanzsystems.

**Arik Platzek:** Welche sind derzeit die aktuellsten Themen in Deutschland und im internationalen Rahmen?

**Rolf Kreibich:** Diese korrespondieren mit den Megatrends. Ich nenne einige. Technikfolgenabschätzung und Technikbeherrschung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen; Schutz der Naturressourcen; Beseitigung von Hunger und Armut; Sauberes Wasser für alle Menschen; Nachhaltige Entwicklung und insbesondere Nachhaltiges Wirtschaften weltweit; Gesundheitserhaltung in allen Teilen der Erde; Lösungen für Soziale Disparitäten zwischen Erster und Dritter Welt, Extremismus und Terrorismus; weltweite Durchsetzung der Energiewende und eines wirksamen Klimaschutzes; Konzepte gegen die weitere Abholzung und Brandrodung der tropischen Regenwälder; Eindämmung des motorisierten Straßenverkehrs mit fossilen Treibstoffen; Ausbildung, Bildung und Weiterbildung für alle; Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung; Säuberung der Meere und der gesamten Anthroposphäre.

**Arik Platzek:** Nachhaltiges Wirtschaften, Medien und Kommunikationstechnologie, Energie und Klimaschutz, Regionalstudien und Mobilität – die Projekte Ihrer Institute SFZ und IZT sind relativ spezialisiert. Für Bürgerinnen und Bürger ohne fachliche Expertise scheinen die Themen der Zukunftsforschung auf den ersten Blick wenig greifbar zu sein.

**Rolf Kreibich:** Das ist aus der Sicht eines Bürgers, der mit der Bewältigung seiner täglichen Aufgaben und Probleme genug am Hut hat, sicher richtig. Aber wenn wir uns nicht alle auch um die Bedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung heute und für die nächsten Generationen bemühen, dann werden wir Menschen das Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr erleben. Jeder kann etwas zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen beitragen, es gibt ja viele gute konkrete Beispiele, Initiativen und Projekte.

**Arik Platzek:** Können Sie kurz beschreiben, wie die Einbindung von Prognosen der Zukunftsforschung in die konkrete Politik von Staaten oder Unternehmen funktioniert?

**Rolf Kreibich:** Prognosen, also Wahrscheinlichkeitsaussagen, sollten sehr vorsichtig und verantwortungsvoll erarbeitet und in die Welt gesetzt werden. Es dürfen im Prinzip nur 'Wenn -Dann-Aussagen' gemacht und diese zudem unter präzisen Angaben der Prämissen und Rahmenbedingungen. Heute erarbei-

tet eine seriöse Zukunftsforschung vielmehr mögliche und wünschbare Zukunftsbilder. Deren politischer oder wirtschaftlicher oder sozialer Gehalt kann allerdings sehr fruchtbar und nützlich sein. Solche Zukunftsbilder und Perspektivkonzepte, etwa in Form von Szenarien, Simulationsmodellen, Strategie- und Handlungskonzepten können für politische oder unternehmerische Entscheidungen sehr wichtig sein. Nur gibt es leider nur wenige Sternstunden, in denen die Konzepte bei den Entscheidern auch ankommen. Aber es gibt sie! Deshalb muss auch eng kooperiert werden. Schlimm ist es, dass die Bundesregierung noch immer den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die sogenannten Wirtschaftsweisen) hofiert, der noch kein wirklich relevantes Konzept vorgelegt hat, stattdessen mit völlig unsinnigen, unwissenschaftlichen Konjunkturprognosen die Wirtschaft irritiert. Er sollte schnellstmöglich abgeschafft werden.

**Arik Platzek:** Wenn Sie zurückblicken auf die Gründungszeit des IZT, mit welchen überraschenden oder unerwarteten Veränderungen sah bzw. sieht sich die Zukunftsforschung selbst konfrontiert?

**Rolf Kreibich:** Es gab nur wenige sehr überraschende Veränderungen. Dazu zähle ich die Implosion der Sowjetunion, eine Reihe ethnischer Konflikte und das Ausmaß von Extremismus und Terrorismus. An letzterer Entwicklung ist leider der Westen nicht unerheblich beteiligt, vor allem durch Entwertung grundlegender westlicher Werte und Missachtung der Menschenrechte während der Amtszeit von Präsident Bush. Wir haben in der Zukunftsforschung die sogenannte Wild-Cards-Methode, mit der wir auch unwahrscheinliche „Störereignisse“ einbeziehen können. So haben wir etwa schon vor 20 Jahren vor der Massenmigration und vor 15 Jahren vor dem Zusammenbruch des Finanzsystems gewarnt. Seit mehr als 30 Jahren fordern wir eine Wissenschafts- und Technikförderung für Energiespeicher. Leider ohne Resonanz.

**Arik Platzek:** Zukunft scheint derzeit auch ein größeres Thema des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu sein, nicht nur im technologischen Bereich (<http://www.zukunft-forschung.de/>), sondern auch im Bereich der Demografie, der Medizin und Gesundheit, der Life-Sciences, der Konfliktfor-

schung. Räumt die Bundesregierung der Beschäftigung mit langfristigen Entwicklungen Ihrer Ansicht nach genug Priorität ein? (Oder welche Defizite sehen Sie?)

**Rolf Kreibich:** Das BMBF hat eine Reihe von Projekten mit Vertretern von Wissenschaft und Technik zur Entwicklung von Informationen über wichtige wissenschaftliche und technologische Zukunftsperspektiven durchgeführt, teilweise auch unter Einbeziehung der Wirtschaft und gesellschaftlich relevanter Organisationen und zivilgesellschaftlicher Gruppen. In der Regel dienten diese Ergebnisse der Ausrichtung des BMBF auf neue Wissenschafts- und Technologiefelder. Darüber hinaus werden zwar einzelne Studien und Projekte mit längerfristigen Perspektiven vergeben, deren Umsetzungen allerdings in der Regel nicht stattfinden. So sind selbst die 'Perspektiven für Deutschland – Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie', ein Dokument des Green Cabinet auf der Grundlage wissenschaftlicher Zukunftsstudien kaum in Ansätzen umgesetzt worden.

**Arik Platzek:** Ich würde meinen, dass die interdisziplinäre Zukunftsforschung außerhalb des ökonomischen Sektors in einer hochentwickelten Zivilisation einen zentralen Platz einnehmen müsste. Bislang scheint sie eher immer noch einen Platz ganz am Rand einzunehmen. Täuscht dieser Eindruck?

**Rolf Kreibich:** Der Eindruck täuscht nicht. Weder im ökonomischen Sektor noch in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Außenpolitik nimmt die inter-, multi- und transdisziplinäre moderne ZF einen zentralen Platz ein. Das ist Ignoranz pur und der herrschenden kurzfristigen Durchwurstelstrategie (muddling through) geschuldet, die ja leider im Hinblick auf Wahlerfolge recht erfolgreich ist. Wir verfügen heute über viel mehr seriöses Zukunftswissen als die meisten Menschen vermuten. Doch wir tun nicht, was wir wissen.

**Arik Platzek:** Die meisten Vertreter der Zukunftsforschung, die zur Begründung in Deutschland beigetragen haben, zählten eher zum progressiv, ökologisch und pazifistisch orientierten Teil der Gesellschaft. Was könnten die Gründe sein, dass das Streben nach der Entwicklung dieser Disziplin hier besonders stark war?

**Rolf Kreibich:** Das ist für die Frühzeit in Deutschland nicht ganz richtig. Zur Gründergeneration des ZBZ Zentrum Berlin für Zukunftsforschung gehörten neben Helmut Klages, Ossip K. Flechthelm, Robert Jungk, Peter Mettler und Rolf Kreibich auch traditionell eher technokratisch und systemtechnisch geprägte Persönlichkeiten wie Heinz Hermann Koelle, der Systemtechniker der NASA und rechte Hand von Wernher von Braun, der „Automationspapst“ Günther Spur und der Informatiker Jochen Bommer. Außerhalb des ZBZ waren zum Beispiel Wilhelm Fucks, Direktor des Instituts für Plasmaphysik des Kernforschungszentrums Jülich mit seinen „Formeln zur Macht“ und Karl Steinbuch, Direktor des Instituts für Nachrichtenverarbeitung in Karlsruhe in den sechziger Jahren sehr einflussreich. Sie scheiterten letztlich, weil sie die soziale, ökologische und friedensfördernde Dimension einer modernen ZF und den Einfluss der zivilgesellschaftlichen Bewegungen – Anti-Atom-, Ökologie-Demokratie-, Friedensbewegung – nicht erkannten. Danach wurde die ZF in Deutschland tatsächlich von eher liberalen, sozialdemokratisch und sozialistisch beziehungsweise ökologisch, sozial und friedensbewegten Personen bestimmt, auch wenn das Spektrum sehr breit war.

**Arik Platzek:** Warum spielt das Thema Religion keine erkennbare Rolle in den Schwerpunktsetzungen der verschiedenen Institutionen, die sich der Zukunftsforschung widmen?

**Rolf Kreibich:** Das Thema Religion spielt schon eine Rolle. Allerdings weniger im Sinne von Erkenntnisgewinn im engeren wissenschaftlichen Kontext als mehr im Hinblick auf Kommunikation und Partizipation und Umsetzung zukunfts wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die ZF ist natürlich primär ein Kind der Aufklärung.

**Arik Platzek:** Die Entstehungszeit der Zukunftsforschung war von mehreren Faktoren geprägt: einem großen Fortschrittsoptimismus insbesondere im technologischen Bereich, der Zeit des Kalten Krieges mit den damit verbundenen Befürchtungen sowie den Prognosen zu den Grenzen des Wachstums und wachsendem ökologischem Bewusstsein. Welche Bedeutung besitzen die Angst vor der Zukunft und die optimistische Zuversicht auf kommende Entwicklungen heute, was überwiegt Ihrer Einschätzung nach?

**Rolf Kreibich:** Es gibt tatsächlich gravierende Unterschiede in der Bewertung und Deutung zukunfts-wissenschaftlichen Wissens und zukunfts-wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Spielräume zur Zukunftsgestaltung in den kommenden 50 bis 100 Jahren. Dabei geht es weniger um die Anerkennung der Fakten und Aussagen als vielmehr um die Kraft und Mechanismen von uns Menschen, die Weichen in Richtung Zukunftsfähigkeit früh genug richtig zu stellen. Ich beobachte schon, dass das ganz erheblich von der Grunddisposition des jeweiligen Menschen abhängt, also ob er eher Optimist oder Pessimist ist. Der große Physiker und Bürgerrechtler Leo Szillard hat einmal gesagt: „Auf dem Papier steht bei mir, dass die Menschheit sich bald mit hoher Wahrscheinlichkeit zugrunde richten wird, vielleicht sind es 80 Prozent. Ich lebe und kämpfe dafür, dass aus den restlichen 20 Prozent mit unserem Wissen und Können schnellstmöglich wieder mehr werden.“

**Arik Platzek:** Würden Sie sich selbst eher zu den Pessimisten, Skeptikern oder den Optimisten rechnen?

**Rolf Kreibich:** Vielleicht würde die Bezeichnung optimistischer Realist auf mich zutreffen. Ansonsten halte ich es wie Leo Szillard und Albert Einstein, der sagte: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“ Diese aber lässt sich nicht allein mit dem Denken, den Ideen und Methoden der Vergangenheit gestalten.

**Arik Platzek:** Was halten Sie von „Utopien“? Falls Sie eine haben, könnten Sie uns diese kurz beschreiben?

**Rolf Kreibich:** Zum Begriff Utopie und zu Utopien habe ich ein sehr distanziertes Verhältnis. Utopia ist ein Ort, den es nirgends gibt, eine Utopie ist ein unausführbarer Plan. Ich möchte aber gerade die Zukunft konkret gestalten. Deshalb drückt der Begriff Vision und visionäres Denken viel besser aus, was dringend gebraucht wird. Utopien haben zudem in der Geschichte viel Unheil angerichtet.

**Kontakte:**

Rolf Kreibich, E-Mail: rolf.kreibich@gmx.de

(beachten Sie bitte auch die Seiten 19-20)

Arik Platzek, E-Mail: redaktion@diesseits.de

Zukunftsdialog D2030

**Deutschland, deine Zukunft**

Mit der Initiative D2030 startet Z\_punkt-Gründer Klaus Burmeister einen unabhängigen Zukunftsdialog für Deutschland. Ziel des Projekts: Mit Hilfe von Szenarien für Deutschland 2030 einen Kompass für zukunftsorientiertes Handeln erschaffen. Mitmachen kann jeder – ob als Experte, als interessierter Bürger oder als Sponsor. Werden auch Sie Zukunftsbotschafter!

17.06.2015

D2030 soll dazu beitragen, vernetztes und langfristiges Denken in sozialen, ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen zu verankern. Zum Start stehen auf der Projektplattform acht Fragen an die Zukunft zur Diskussion, zum Beispiel "Ist der deutsche Mittelstand auf Industrie 4.0 angemessen vorbereitet?" oder "Wie sicher ist der Frieden in Europa?"



Welche Fragen haben Sie an die Zukunft? Steuern Sie die Fragen und Themen bei, die Sie am meisten beschäftigen. Sie möchten sich darüber hinaus an dem Zukunftsdialog beteiligen? So können Sie mitmachen:

- Unterstützen Sie die Initiative D2030 als Zukunftsbotschafter\_in.
- Teilen Sie Ihr Wissen als Expert\_in.
- Bringen Sie sich als Bürger\_in mit ein.
- Fördern Sie die Initiative als Sponsor.

**[www.d2030.de/mitmachen.html](http://www.d2030.de/mitmachen.html)**

## Schmelzende Gletscher: Peruaner fordert von RWE Geld für Schutzmaßnahmen ein

**Erstmals in Europa soll ein Unternehmen, das weltweit zu den größten Treibern des Klimawandels zählt, für den Schutz eines Betroffenen zahlen. Die Gletscherschmelze in den Anden bedroht Saúl Luciano Lliuya und seine Heimatstadt. Der Fall könnte vor einem deutschen Gericht landen.**

Berlin/Huaraz (16. März 2015). Erstmals verlangt ein massiv von Risiken des Klimawandels Betroffener von einem der größten Treibhausgasemittenten in Europa, dass sich das Unternehmen an dringend notwendigen Schutzmaßnahmen beteiligen soll: Der Peruaner Saúl Luciano Lliuya fordert mit Hilfe seiner in der Auseinandersetzung um Klimaschäden erfahrenen Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen (Kanzlei Günther, Hamburg) von dem Energiekonzern RWE ein, sich an der Finanzierung von Schutzmaßnahmen zu beteiligen. Seinem Haus - sowie einem großen Teil der peruanischen Andenstadt Huaraz - drohen wegen eines durch die Gletscherschmelze wachsenden Gebirgssees oberhalb der Stadt eine Flutkatastrophe. Die deutsche Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch berät auf Wunsch von Saúl Luciano diesen bei seinem Anliegen gegenüber RWE. Sollte der Konzern nicht positiv reagieren, hat der Peruaner vor, gegen RWE vor ein deutsches Gericht zu ziehen.

„Ein solcher Vorstoß ist in Europa bisher einmalig“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Die schnell wachsenden Risiken durch die schmelzenden Gletscher in den Anden tragen eindeutig die Handschrift des Klimawandels. Saúl Luciano Lliuya findet sich nicht mit einer Opferrolle ab, sondern nimmt sein Schicksal in die Hand.“ Kein Unternehmen in Europa setzt laut einer Studie von 2013 mehr Treibhausgase frei als RWE. Das Unternehmen ist, so zeigt eine Untersuchung von 2014, für rund ein halbes Prozent aller weltweit seit Beginn der Industrialisierung freigesetzten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Saúl Luciano Lliuya fordert nun, dass RWE auch ein halbes Prozent der Kosten für die in Huaraz erforderlichen Schutzmaßnahmen übernehmen soll.

Schnell gewachsener Gletschersee bedroht die Stadt Huaraz / Weltklimarat: Gletscherschmelze in den Anden ist Folge des Klimawandels

Der Weltklimarat IPCC führt die inzwischen sehr gut untersuchte Gletscherschmelze in den Anden auf den Klimawandel zurück. Im peruanischen Huaraz ist die Gefahr besonders präsent: Ein Gletschersee einige Kilometer oberhalb der 55.000-Einwohner-Stadt ist allein seit 2003 um das Vierfache gewachsen. Durch den Klimawandel steigt auch das Risiko, dass sich große Eisblöcke von den Gletschern lösen und in den See stürzen. Dann würde eine verheerende Flutwelle und im Anschluss eine meterhohe Überschwemmung in den unteren besiedelten Gebieten drohen. Schon 1941 fielen einer Flutwelle aus diesem See - der damals aber noch kleiner war - mehrere Tausend Menschen zum Opfer. Es wird vermutet, dass sich durch ein Erdbeben ein sehr großes Gletscherstück löste und dieses in den See stürzte. Seither ist das Risiko einer neuen Flut

durch den Klimawandel drastisch gestiegen und wird von den Behörden als akut eingeschätzt. Zuletzt ereignete sich 2003 eine weitere kleinere Flut. Mehrfach wurde in jüngster Zeit der Notstand ausgerufen. Derzeit existiert nicht einmal mehr das vor einiger Zeit notdürftig installierte Frühwarnsystem. Die Arbeiter dort hatten seit Juni 2014 keinen Lohn mehr erhalten. Als vor kurzem auch noch die Funkanlage für Alarmmeldungen ausfiel, stellten sie ihre Arbeit ein.

Um die Flutgefahr dauerhaft abzuwenden, müssten immer wieder große Mengen Wasser aus dem Gletschersee Palcacocha durch ein neues Entwässerungssystem abgepumpt und Dämme des Sees verstärkt beziehungsweise neue Dämme errichtet werden. Saúl Luciano fordert von RWE, dass der Konzern Kosten von etwa 20 000 Euro für die Durchführung dieser Maßnahmen übernimmt. Dies wäre nur ein kleiner Teil der Gesamtkosten - ein Beitrag, der sich am Beitrag des Konzerns zum Klimawandel orientiere.

Christoph Bals: „Wir unterstützen diese Forderung. Wer andere schädigt, hat verschiedene Pflichten. Deshalb erwartet Germanwatch zum einen von RWE, dass das Unternehmen ein neues Geschäftsmodell entwickelt, um nicht ständig weitere Schäden zu erzeugen. Zum anderen soll das Unternehmen seinen Beitrag für den Schutz der Betroffenen leisten. Marktwirtschaft kann ohne das Verursacherprinzip nicht funktionieren. Wer Risiken erzeugt, muss auch Verantwortung dafür übernehmen.“ Germanwatch betrachte es nicht als eine Dauerlösung, dass sich alle - häufig sehr armen - Betroffenen auf den Weg machen müssen, um die notwendige Unterstützung von den Verursachern einzufordern. "Es gibt immer mehr Menschen, deren Existenz durch den globalen Klimawandel gefährdet ist, obwohl sie am wenigsten zu dessen Verursachung beigetragen haben. Wir brauchen eine politische Lösung für diesen Skandal, die die Verursacher in die Pflicht nimmt. Das für Dezember geplante neue Klimaabkommen von Paris bietet die Gelegenheit, hier einen deutlichen Schritt weiter zu kommen", so Bals.

Stefan Küper  
Pressereferent

Germanwatch e.V.  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Tel. +49(0)228/60492-23, Fax -19  
mobil: 0151/252 11 072  
E-Mail: [kueper@germanwatch.org](mailto:kueper@germanwatch.org)  
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

+++ Germanwatch: Hinsehen, Analysieren, Einmischen - für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen +++

## UN schaffen in Sendai neues internationales Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge. Germanwatch erwartet neuen Druck für Klimaabkommen in Paris: Risikoverstärker Klimawandel eindämmen

Sendai/Bonn (18. März 2015). Mit der Entscheidung zum Sendai Rahmenwerk 2015-30 ist die dritte Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge heute zu Ende gegangen. Dabei verpflichteten sich die Staaten weltweit dazu, in den nächsten 15 Jahren durch Vorsorgemaßnahmen die Auswirkungen von Naturkatastrophen substantiell zu verringern. Konkret sollen sieben Ziele erreicht werden, zum Beispiel bis 2030 die Zahl der Todesfälle durch Wetterextreme, Erdbeben und Vulkanausbrüche zu senken sowie ihre volkswirtschaftlichen Schäden zu begrenzen. „Sendai sendet zwei Signale am Anfang einer Reihe wichtiger UN-Entscheidungen in diesem Jahr“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer bei Germanwatch. „Erstens ist es eine gemeinsame Verantwortung der Staaten dieser Welt, dass Naturkatastrophen möglichst selten zu humanitären Katastrophen werden. Und zweitens kann dies nur gelingen, wenn der Risikoverstärker Klimawandel wirkungsvoll eingedämmt wird.“

Die Konferenz in Sendai hat die Rolle des Klimawandels als Risikoverstärker hervorgehoben. „Katastrophenvorsorge ohne ernsthaften Klimaschutz ist wie heiße Milch rühren ohne die Herdplatte abzustellen“, sagt Bals. „Es ist ein wichtiges und logisches Signal von Sendai, den Klimawandel als Risikotreiber in den Fokus zu nehmen.“ Allerdings war es nicht die Aufgabe von Sendai, diesen Klimaschutz zu organisieren. Bals: „Das Ergebnis von Sendai ist ein Zeichen an den Klimagipfel von Paris, weltweit die energiepolitische Wende zu beschleunigen.“

Überschattet wurde der Gipfel von der menschlichen Tragödie durch Zyklon Pam im Südpazifik. Vanu-

atus Premierminister Baldwin Lonsdale warb auf der Konferenz für Unterstützung für den verwüsteten Inselstaat. Christoph Bals betont: „Wenn Katastrophen so groß sind, dass Länder sich nicht selbst helfen können, ist die internationale Gemeinschaft gefragt. Schnelle und zuverlässige Hilfe wäre möglich, wenn es international vereinbarte Ver- und Absicherungsmaßnahmen für Klimarisiken gäbe. In Sendai wurde dies diskutiert, Vanuatus Notlage hat diese Notwendigkeit gezeigt.“ Deutschland könne hier im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft in diesem Jahr internationale Akzente setzen. „Eine wirkungsvolle Initiative für Klimarisikoversicherungen wäre sowohl ein Schritt für die Umsetzung des Ergebnisses von Sendai als auch eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber besonders vom Klimawandel bedrohten Staaten für die Klimaverhandlungen in Paris“, so Bals.

Stefan Küper  
Pressereferent

Germanwatch e.V.  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Tel. +49(0)228/60492-23, Fax -19  
mobil: 0151/252 11 072  
E-Mail: [kueper@germanwatch.org](mailto:kueper@germanwatch.org)  
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

### Impressum BLICKPUNKT ZUKUNFT® ISSN: 0720-6194

**Herausgeber:** Werner Mittelstaedt

**Redaktionsanschrift:** Ecksteins Hof 50,  
D-45721 Haltern am See

**E-Mail:** [Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de](mailto:Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de)

**Website:** [www.blickpunkt-zukunft.com](http://www.blickpunkt-zukunft.com)

**Redaktion:** Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),  
Mechthild Mittelstaedt, Karin Schmidt

**Herstellung und Gestaltung:**  
Werner Mittelstaedt

**Druck:** Multionline GmbH  
Schützenhofstraße 103 d, 26133 Oldenburg

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

**Copyright:** Alle Rechte beim Herausgeber  
Werner Mittelstaedt

**Erscheinungsweise:** 2 Ausgaben pro Jahr

**Nachdruckerlaubnis:** Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

**Artikel für BLICKPUNKT ZUKUNFT** können nur berücksichtigt werden, wenn sie mit einem Textverarbeitungssystem (WORD, WORKS, Word Perfect, Text) erfasst wurden und via CD-Rom, USB-Stick oder E-Mail zur Redaktion versendet wurden.

**BLICKPUNKT ZUKUNFT wird kostenlos** an interessierten Personen und Institutionen verteilt und ist im Internet als Volltext-Version im PDF-Format unter [www.blickpunkt-zukunft.com](http://www.blickpunkt-zukunft.com) aufrufbar.

**Spenden:** Sparda-Bank West eG  
IBAN: DE29360605910000385620  
BIC: GENODED1SPE  
Stichwort: BLICKPUNKT ZUKUNFT

Gerhold, L., Holtmannspötter, D.,  
Neuhaus, C., Schüll, E.,  
Schulz-Montag, B., Steinmüller, K.,  
Zweck, A. (Hrsg.)

## Standards und Gütekriterien der Zukunftsforschung

Ein Handbuch für Wissenschaft und Praxis



Springer Verlag, Heidelberg, 197 Seiten  
ISBN 978-3-658-07362-6, € 34,99

Auch als eBook erhältlich:  
ISBN 978-3-658-07363-3, € 26,99

Zukunftsforschung, Foresight, Futures Studies, aber auch Technikfolgenabschätzung und Trendforschung zeichnen sich durch eine auf die Zukunft gerichtete Forschungsperspektive aus. Daraus ergeben sich grundsätzliche Besonderheiten, die es bei der Konzeption von Studien und der praktischen Forschungsarbeit zu berücksichtigen gilt. Die Beitragsautorinnen und -autoren bieten eine Orientierungshilfe und beschreiben die Gütekriterien und Standards, an denen die Qualität von Ergebnissen und Prozessen der Zukunftsforschung festgemacht werden kann.

### Kommentar zum Buch:

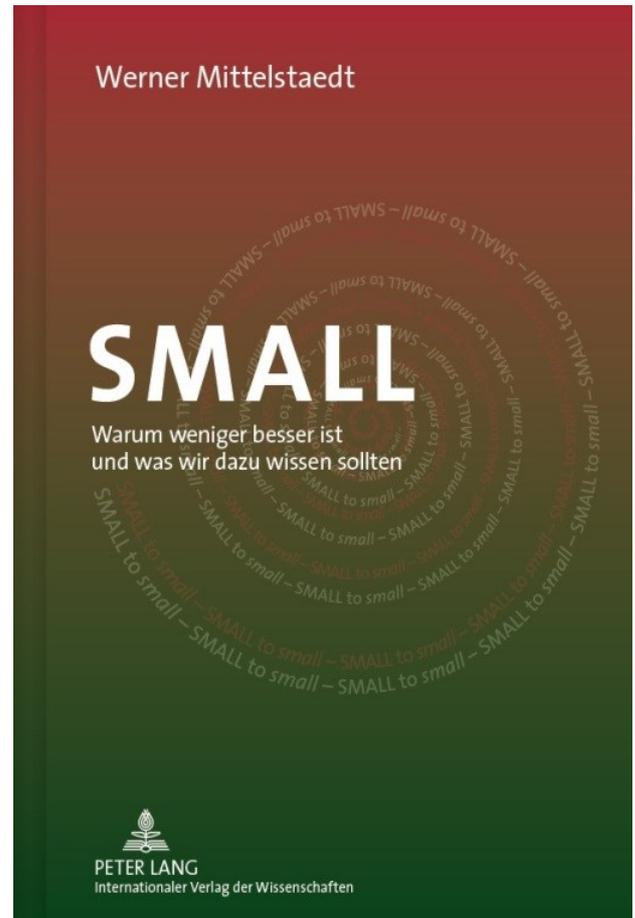
„Eine ganz wichtige Lektüre für alle, die sich in irgendeiner Form mit Zukunftsforschung beschäftigen“

Werner Mittelstaedt

Werner Mittelstaedt

## SMALL

Warum weniger besser ist  
und was wir dazu wissen sollten



Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, Berlin,  
Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2012.  
266 Seiten - ISBN 978-3-631-61953-7,  
gebunden, € 29,80

Auch als eBook erhältlich:  
ISBN 978-3-653-01839-4, € 33,32

Wir befinden uns inmitten einer dramatischen Zeitenwende. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Erde durch menschliche Aktivitäten bereits völlig überlastet ist – unsere Lebensgrundlagen sind »SMALL« geworden. Dadurch wächst die Gefahr, dass die lokalen und globalen Krisen und Katastrophen bald nicht mehr zu bewältigen sein werden. Unter Auswertung aktueller Daten und mit den Methoden der Zukunftsforschung hat der Autor sechs Megatrends identifiziert, die maßgeblich für diesen zukunftsgefährdenden Zustand verantwortlich sind. Dagegen steht »small« als Synonym für die Chance, die Weltgesellschaft zukunftsfähiger zu gestalten. In diesem Sinn entwickelte der Autor die Zukunftsformel »SMALL to small«. Umfassend sind in ihr jene Wertorientierungen, Ideen, Lösungen und Optionen prägnant beschrieben, die nachhaltige Entwicklungen einleiten können. Die Formel enthält zudem viele Handlungsmöglichkeiten, die sich jeder Einzelne mit persönlichem Gewinn zu Gunsten einer gelingenden Zukunft zu Eigen machen kann. Eingehend wird dargelegt, welche Kulturleistungen zu erbringen sind, um

dem seit vielen Jahren praktizierten »Handeln wider besseres Wissen« Einhalt zu gebieten.

#### Aus dem Inhalt:

Die Zukunft von SMALL aus der Perspektive der Zukunftsforschung – Megatrend 1: Starkes Bevölkerungswachstum und der damit einhergehende Naturverbrauch – Megatrend 2: Globaler Klimawandel – Megatrend 3: Ungebremster Verbrauch an erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen – Megatrend 4: Boden Degradation und Flächenverbrauch – Megatrend 5: Abnahme der Biodiversität und die Überlastung der Bioka-

pazität der Erde – Megatrend 6: Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – Small ist notwendig und nicht beautiful – SMALL – Signale des Aufbruchs oder des Niedergangs? – Das Zeitfenster nutzen, um den globalen Tipping Point zu verhindern – Die Zukunftsformel »SMALL to small« – Eine kleine Zukunftsphilosophie für einen Wandel von »SMALL to small« – Kultureller Wandel für das Ziel der nachhaltigen Gesellschaft – Kulturleistungen, oder wie wir »das Handeln wider besseres Wissen« durchbrechen können, in zwölf Thesen – Glossar für das Wissen von morgen.

**Peter Finke (Hrsg.)**  
**Freie Bürger, freie Forschung**  
**Die Wissenschaft verlässt den Elfenbeinturm**



208 Seiten, oekom verlag München, 2015  
ISBN-13: 978-3-86581-710-5, 19.95 €

Spätestens seit PISA wissen wir, dass im deutschen Bildungssystem einiges im Argen liegt. Der Negativtrend setzt sich bis in die Universitäten hinein fort: realitätsferne Forschung, einseitige Elitenförderung, gnadenlose Konkurrenz um Fördergelder, ein ausufernder Verwaltungsapparat. Doch ist dies schon die ganze Wissenschaft?

Nein, sagen die Autoren dieses Buches: Es fehlt der komplette Unterbau, die Bürgerwissenschaft, auch Citizen Science genannt. Bei ihr finden wir mehr Lebensnähe, Aktualität und Forschungsfreiheit als im akademischen Raum, in dem es bedenkliche Fehlentwicklungen gibt. Profis und Laien fordern in diesem Buch die Stärkung der Mitsprache als demokratisches Bürgerrecht ein und zeigen an vielen Beispielen und Modellen auf, wie dies gelingen kann. Der isolierte Elfenbeinturm hat ausgedient, das Bürgerwissen revolutioniert den Wissenschaftsbetrieb.

Der Herausgeber Peter Finke, führender Experte für Citizen Science in Deutschland, wird in diesem Buch unterstützt durch 35 namhafte Autoren wie Joachim Radkau, Uwe Schneidewind, Angelika Zahrt, Hubert Weiger, Peter Berthold, Josef Reichholf und viele weitere.

**Weltweite CO<sub>2</sub>-Konzentration überschreitet im März erstmals den Wert von 400ppm**  
**Germanwatch fordert eine Reaktion der G7**

Berlin/Bonn (7. Mai 2015). Erstmals haben im März die CO<sub>2</sub>-Konzentrationen weltweit die Marke von 400ppm (parts per million) übertroffen. Dies wurde gestern von der Nationalen Ozean- und Atmosphärenverwaltung der USA bekanntgegeben. „Unsere Generation ist die letzte, die die Chance hat, die größten Risiken des Klimawandels abzuwenden und den globalen Tempera-

turanstieg unter 2 Grad zu halten. Das Überschreiten der 400ppm-Schwelle zeigt, dass die Zeit dafür knapp wird“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer bei Germanwatch. „Insbesondere aufgrund der massiv fallenden Kosten für Erneuerbare Energien sehen wir Anzeichen für eine globale Energiewende. Regierungen sollten diesen Trend stabilisieren und beschleunigen.“

Ein klares Signal des G7-Gipfels in Deutschland Anfang Juni für den Ausstieg aus fossilen Energien bis 2050 wäre die richtige Antwort."

CO2-Daten der NOAA:

[www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/global.html](http://www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/global.html)

Stefan Küper  
Pressereferent

Germanwatch e.V.  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Tel. +49(0)228/60492-23, Fax -19  
mobil: 0151/252 11 072  
E-Mail: [kueper@germanwatch.org](mailto:kueper@germanwatch.org)  
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

## Hartmut Graßl feierte seinen 75. Geburtstag

von Werner Mittelstaedt



Bild: VDW

Hartmut Graßl wuchs in Ramsau bei Berchtesgaden auf. Er studierte in München Physik und Meteorologie und nahm an Fahrten mit dem Forschungsschiff *Meteor* auf dem Atlantik und zum grönländischen Inlandeis teil. Anschließend promovierte er 1970 in München mit einer Dissertation über die Bestimmung der Größenverteilung von Wolkenelementen aus spektralen Transmissionsmessungen. Die nächsten Stationen waren das Meteorologische Institut in Mainz und eine GATE-Expedition. Im Jahr 1976 führte ihn sein Weg nach Hamburg, wo er dann 1978 zum Thema „Strahlungsübertragung in getrübbten Atmosphären und in Wolken“ habilitierte. Der Ruf als Professor nach Kiel erfolgte im Jahr 1981. Im Jahr 1984 wurde er Direktor des Instituts für Physik am GKSS-Forschungszentrum bei Hamburg. Hartmut Graßl ging im Jahr 1988 nach Hamburg als Hochschullehrer an der Universität Hamburg und als Direktor an das Max-Planck-Institut für Meteorologie (MPI) zurück. Diese Ämter hatte er mit Unterbrechungen bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2005 inne. Anfang bis Mitte der 1990er Jahre war er Mitglied der Enquête-Kommissionen „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ und „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages.

Hartmut Graßl warnte bereits in den frühen 1980er Jahren vor einer Klimaerwärmung. Von 1994-1999 war er Direktor des Weltklimaforschungsprogramms (WCRP) bei der World Meteorological Organization in Genf. Er förderte während seiner Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Glo-

bale Umweltveränderungen (WBGU) das Verständnis der komplexen Wirkungsgefüge globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme. In den Jahren 1992-1993 und erneut 2000-2004 war er Mitglied und Vorsitzender des WBGU.

Hartmut Graßl machte sich auch im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll verdient und ist Beirat im Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sowie Mitglied des NABU-Kuratoriums. Er ist Mitglied des Stiftungsrates der Münchener Rück Stiftung und der Akademie der Wissenschaften in Hamburg. In der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler ist Hartmut Graßl seit vielen Jahren aktives Mitglied und zurzeit Beiratsvorsitzender. Zusammen mit Claudia Kemfert, Michael Müller, Matthias Willenbacher und Gero Lücking schreibt er als Mit-Herausgeber des Online-Magazins [www.klimaretter.info](http://www.klimaretter.info) Beiträge zur Energie-wende.

Hartmut Graßl wurde zahlreich ausgezeichnet u.a. 1991 mit dem Max-Planck-Preis, 1998 mit dem Deutschen Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und 2002 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland, 2005 mit der Ehrennadel der Universität Hamburg und 2008 mit dem Bayerischen Verdienstorden. 2013 wurde ihm die Medaille der Europäischen Meteorologischen Gesellschaft verliehen.

Am 18. März 2015, dem 75. Geburtstag von Professor Graßl, thematisierte ein internationales Symposium zu seinen Ehren mit dem Titel „Klima – Wandel im Gipfeljahr 2015“ die Weltklimakonferenz in Paris, auf der im Dezember 2015 ein neues UN-Klimafolgeabkommen verabschiedet werden soll. Das Symposium wurde von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), dem Max-Planck-Institut für Meteorologie (MPI-M) und dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ausgerichtet. Es fand in der Hamburger Universität statt. (Ausführliche Hintergrundinformationen über dieses sehr gut besuchte und mit einem interessanten Programm und vieler herausragenden Persönlichkeiten bestückte Symposium finden Sie im Internet unter:

[www.vdw-ev.de](http://www.vdw-ev.de)  
und  
[www.klimaretter.info](http://www.klimaretter.info)

Meine Reise nach Hamburg hat sich gelohnt, denn das Symposium und das interessante Abendprogramm waren ein Erlebnis!

Ich habe Professor Graßl erstmals in den frühen 1990er-Jahren in Gelsenkirchen persönlich kennen ge-

lernt. Er war damals vom Sekretariat für Zukunftsforschung zu einem Vortrag über den Klimawandel im Wissenschaftspark Gelsenkirchen eingeladen. Professor Rolf Kreibich hat ihn vorgestellt und die anschließende Diskussion geleitet. Professor Graß hat einen sehr interessanten Vortrag über den Klimawandel gehalten. Er hätte gerne länger sein können, denn er war überaus spannend und für das Publikum sehr verständlich. Schon vorher hatte ich von Hartmut Graß Bücher und Aufsätze gelesen. Bis heute ist mir sein Buch „Wir Klimamacher. Auswege aus dem globalen Treibhaus“ aus dem Jahr 1990 besonders in Erinnerung geblieben. Co-Autor war Reiner Klingholz. Das es so lange in meiner Erinnerung geblieben ist, hängt wohl damit zusammen, dass er schon vor nunmehr 25 Jahren bis ins Detail die Ursachen der globalen Erderwärmung beschrieben hat und einen 50-Punkte-Plan für eine heile Welt einbrachte (Kapitel 15). Es sind 50 Punkte, die jeder Mensch und jede Politik hätte umsetzen müssen. Ich habe auf seinen 50-Punkte-Plan in meinem Buch „Zukunftsgestaltung und Chaostheorie“ aus dem Jahr 1993 auf Seite 185 hingewiesen. Seitdem sind über 25 Jahre vergangen, aber es wurde davon zu wenig umgesetzt.

In seinem Buch „Wetterwende. Vision: Globaler Klimaschutz“ aus dem Jahr 1999 hat er zwölf Thesen für einen globalen Klimaschutz zur Diskussion gestellt, die heute nichts an Aktualität eingebüßt haben. Es sind:

1. Der Klimaschutz darf von den Politikern nicht hinter scheinbar aktuelleren Fragen zurückgestellt werden, bis es zu spät ist. Da das Klimasystem träge reagiert und sich heutige Schädigungen manchmal erst in Jahrzehnten auswirken, müssen alle Entscheider lernen, langfristig zu denken, d.h. rechtzeitig zu handeln.
2. Die Industrieländer als Hauptverursacher der Klimaänderungen werden nicht die Hauptbetroffenen sein. Klimaschutzmaßnahmen müssen schneller umgesetzt werden, um dieses große Konfliktpotential zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu verringern.
3. Man muß das System Erde systematisch beobachten, sonst schlittert man von einer Umweltkrise in die andere. In anderen Worten: Ohne Erforschung des globalen Wandels kann es keine nachhaltige Entwicklung geben.
4. Das Kioto-Protokoll ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Die innovativen Ansätze darin müssen ausgestaltet werden, damit sie ihre Funktion als Anstöße zur Effizienz, zum Schutz der Wälder und zu raschen Technologietransfer erfüllen.

5. Das Verursacherprinzip sollte von der Politik konsequenter durchgesetzt werden, denn es ist der Schlüssel zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit. Wenn derjenige, der die Umwelt belastet, zur Kasse gebeten wird, wird er die Kosten und damit die Belastung mindern.

6. Weg von kostspieligen End-of-the-Pipe-Reparaturmaßnahmen an der Natur und hin zu Effizienzsteigerungen!

7. Eine Umverteilung der Subventionen und „ehrliche“ Energiepreise sind nötig, damit die regenerativen Energieträger eine Chance haben und Produkte mit großem ökologischen Rucksack nicht mehr konkurrenzfähig sind.

8. Der Übergang zum solaren Zeitalter muß kommen. Wenn wir nur ein Fünftausendstel des Angebots der Sonne nutzen würden, hätten 10 Milliarden Menschen ausreichend Energie für ein Leben im Wohlstand.

9. Wir brauchen mehr naturnahe Wälder und ganzjährig von Vegetation bedeckte Äcker. Die klimaschädigende Bodenversiegelung muß teurer werden, damit der Zerstörung Einhalt geboten wird.

10. Der Klimafaktor Flugzeug, der bisher unbesteuert ist, sollte mit einer Abgabe für emittierte Treibhausgase belegt werden, die sich schrittweise über mehrere Jahre erhöht. Hier sollte die Europäische Union die Initiative ergreifen.

11. Umweltgerechtes Verhalten muß leichter gemacht werden! Der Gesetzgeber sollte entsprechende Verbraucherhinweise, die einen Vergleich von Verbrauchsdaten ermöglichen, auf allen Produkten einführen, um den Kunden Orientierung zu bieten.

12. Die Industrie ist gefordert mehr Innovationsfreudigkeit zu zeigen. Wo bleibt das serienmäßige Auto mit Brennstoffzelle? Der höhere Preis wird Käufer nicht abschrecken, wenn ein umweltschonendes High-Tech-Fahrzeug zum Prestigeobjekt wird.

Hartmut Graß bringt bis heute sein tiefes Wissen und seine Erkenntnisse als Klimaforscher in vielfältiger Form in die Praxis ein, als Naturschützer, politischer Berater, in wissenschaftlichen Gremien, in der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und als Herausgeber des Online-Magazins [www.klimaretter.info](http://www.klimaretter.info). Er ist eine herausragende Persönlichkeit im Kampf für die globale nachhaltige Entwicklung.

Ich wünsche Professor Graß in umfassendsten Sinne alles Gute. Als Mitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler habe ich das Glück ihm regelmäßig zu begegnen. Ich freue mich auf viele Begegnungen mit ihm in den nächsten Jahrzehnten.

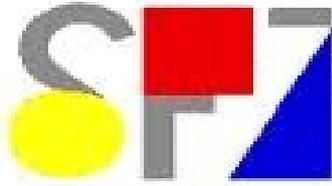
*Werner Mittelstaedt*

## **www.klimaretter.info**



Klimaretter.info ist ein unabhängiges, mehrfach ausgezeichnetes Onlinemagazin. Es bietet Nachrichten und Hintergründe, Debatten und Kommentare zur Klima- und Energiewende. Gegründet wurde das Magazin

2007 von den Journalisten Nick Reimer und Toralf Staud, die das Buch *Wir Klimaretter*. So ist die Wende noch zu schaffen geschrieben hatten. Hinter *klimaretter.info* steht der GutWetterVerlag in Berlin. Beratend steht der Geschäftsführung ein Herausgeber-Gremium namhafter Personen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zur Seite. Der Klimawissen e.V. fördert die Arbeit des Magazins.



## Sekretariat für Zukunftsforschung

www.sfz-berlin.eu

### Ziele und Leistungen

Die Arbeit des SFZ konzentriert sich auf die Weiterentwicklung der Zukunftsforschung in Europa und die Erforschung und Gestaltung lebenswerter Zukünfte. Eine wichtige Zielorientierung für die Forschung bildet die Leitperspektive der Nachhaltigen Entwicklung. Das SFZ begreift diese Zukunftsprojektion als ständige Forschungs- und Gestaltungsaufgabe. Die folgenden allgemeinen Ziele umreißen den selbstgestellten Auftrag:

- Sicherung von Lebensqualität, wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung.
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Schonung der Naturressourcen.
- Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit.
- Wahrung und Förderung der kulturellen Eigenentwicklung und Vielfalt von Gruppen und Lebensgemeinschaften.
- Förderung menschendienlicher Technologien und Verhinderung superrisikanter Techniken und irreversibler Umweltzerstörungen.
- Erarbeitung von Lösungsstrategien in kommunikativen und partizipativen Projekten und Initiativen mit allen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft.
- Das „Markenzeichen“ des SFZ ist der Anspruch, in allen Studien, Projekten, Strategien und Instrumenten der Politik- und Technikgestaltung sowie in der Forschung zum wirtschaftlichen, ökologischen und Strukturwandel darauf zu arbeiten, dass alle zur Nachhaltigkeit gleichzeitig und gleichrangig Beachtung finden.

Die Zukunftsstudien sind durchweg praxis- und anwendungsorientiert mit dem Ziel, Expertisen, Lösungswege und Empfehlungen für konkretes Handeln von Entscheidungsträgern, Akteuren und Bürgern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund werden die Chancen und Risiken neuer Technologien auf wissenschaftlicher Basis abgeschätzt und bewertet sowie für die Technikgestaltung, Innovationsförderung und für langfristig zukunftsfähige Gesellschafts- und Wirtschaftsperspektiven Handlungskonzepte erarbeitet.

Das SFZ erbringt als unabhängiges Forschungsinstitut folgende Leistungen:

- Durchführung zukunftsorientierter Studien mit internationaler und langfristiger gesellschaftlicher Bedeutung.
- Unterstützung von Entscheidungsträgern durch praxisnahes Orientierungs- und Handlungswissen.

- Analysen und Bewertung neuer Technologien sowie deren Umfeld, Wirkungen und Folgen.
- Entwicklung innovativer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen.
- Erstellung von Publikationen und Durchführung von Veranstaltungen und Vorträgen für eine fachliche und breite Öffentlichkeit.
- Beratung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
- Wissenschaftliche Kooperation, Begleitung und Evaluation von Zukunftsprojekten und Prozessen.
- Obwohl privatwirtschaftlich organisiert und im nationalen und internationalen Forschungswettbewerb stehend, ist das SFZ im Rahmen aller Leistungsbeiriche primär dem Gemeinwohl verpflichtet.

### Organisation und Geschäftsführung

Das SFZ Sekretariat für Zukunftsforschung ist eine gemeinnützige GmbH. Alleiniger Gesellschafter ist der Geschäftsführer Rolf Kreibich. Die Organisationsform als GmbH ermöglicht bei strikter Ausrichtung auf das Gemeinwohl eine höchst flexible und leistungsfähige Steuerung und Organisation aller Aufgaben des SFZ.

Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des SFZ ist Prof. Dr. Rolf Kreibich. Rolf Kreibich hat eine Professur für Soziologie und Technik, Technikfolgenabschätzung und Zukunftsforschung. Er hat das SFZ 1990 mit gegründet und ist seit den 1970er als Zukunftsforscher tätig. Von 1977 bis 1981 war er Direktor des Instituts für Zukunftsforschung in Berlin. Von 1981 bis 2012 stand er auch als Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer dem IZT, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin vor. Von 1989 bis 1999 war er Wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher Park des Landes Nordrhein-Westfalen. Er ist Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gremien, Kommissionen, Räten und Jurys.

Das SFZ verfügt über ein umfangreiches Archiv zur Entwicklung der Zukunftsforschung in Deutschland sowie über eine Bibliothek zur Zukunftsforschung und wissenschaftlich basierten Zukunftsgestaltung.

Seit seiner Gründung arbeitet das SFZ auf der Grundlage und den üblichen Regeln moderner Kamaralistik. Die Erstellung und der Jahresabschlüsse erfolgt durch eine Wirtschaft und Steuerberatungsgesellschaft.

Das SFZ erstellt jährlich einen Tätigkeitsbericht, der auf Anforderung elektronisch übermittelt werden kann.

### Gründung und Gründungsidee

Die Errichtung des SFZ Sekretariat für Zukunftsforschung im Jahr 1990 geht auf die Initiative des damaligen Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Dr. Christoph Zöpel und des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau zu-

rück. Sie knüpft an die Tradition der Zukunftsforschung in NRW zu Beginn der 70er Jahre und an die von 1985 bis 1988 erfolgreiche Veranstaltungs- und Publikationsreihe „Forum Zukunft“ unter dem Dach des Wissenschaftszentrums NRW an. Ziel war es, die Zukunftsaufgaben des Staates und der Kommunen in politischen, ökonomischen, sozial-kulturellen und ökologischen Fragen neu zu überdenken und langfristig tragfähige Zukunftsoptionen zu eröffnen. Zudem erwartete man neue Impulse für eine Nachhaltige Entwicklung in der Stadt- und Regionalpolitik, der Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung sowie in der Energie- und Umweltpolitik. Diese Aufgaben erfolgten vor dem Hintergrund der notwendigen Erneuerung einer alten Industrie-region, die vor allem durch den Niedergang der Montanstruktur (Kohle, Stahl, Chemie) im Ruhrgebiet gekennzeichnet war. Die zur gleichen Zeit gestartete „Internationale Bauausstellung Emscher Park“ des Landes Nordrhein-Westfalen wurde zum großen Experimentierfeld für die praktische Revitalisierung des am stärksten gebeutelten Industriegebiets Deutschlands im Umfeld von Emscher, Lippe und Ruhr. Die „IBA Emscher Park“ entwickelte sich zum weltweit größten Nachhaltigkeitsprojekt.

Die 1988 vom Land NRW beim IZT Berlin in Auftrag gegebene Studie „Zukunftsforschung und Politik“ ergab, dass die deutsche Zukunftsforschung im internationalen Vergleich große Defizite aufwies und kein einziges Institut öffentlich gefördert wurde.

Die Gründung des SFZ als eigenständige Einrichtung wurde schließlich durch einen einstimmigen Beschluss des Landtags von NRW im Herzen des Ruhrgebiets ermöglicht. Mit dem Aufbau und der Entwicklung des SFZ in Gelsenkirchen, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Zentrale der IBA Emscher Park, wurde Prof. Dr. Rolf Kreibich beauftragt.

Seit dem Auslaufen des Rahmenvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000 arbeitet das SFZ ohne institutionelle Förderung. Nach zahlreichen Umstrukturierungsmaßnahmen wurde der Sitz nach Dortmund und Berlin verlegt. Seit 2013 residiert das Sekretariat für Zukunftsforschung an der Freien Universität Berlin.

## Forschung und Forschungsmethoden

*Zukunftsforschung am SFZ ist die wissenschaftliche Befassung mit wahrscheinlichen, möglichen und wünschbaren Zukunftsentwicklungen (Zukünften) und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart.*

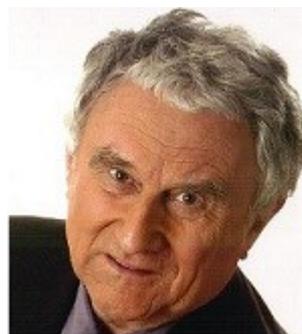
Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung entziehen sich den engen Grenzen einzelner wissenschaftlicher Disziplinen und Praxisbereiche. Das SFZ versteht seine Arbeit deshalb als multi- und interdisziplinäres Projekt mit einem systemisch-evolutionären Ansatz. Grundsätzlich basiert die Forschung am SFZ auf Erkenntnissen, Methoden und Techniken aller wissenschaftlichen Disziplinen der Natur-, Ingenieurs-, Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften. Die thematischen Schwerpunkte sind Zukunftsmethodik, Technikfolgenforschung und Technikbewertung, Nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung, Neue Lebensstile, Verbraucherforschung, Gesundheit, Gesundheitstechnik und Prävention, Verkehr und Mobilitätsverhalten. Das SFZ arbeitet mit den Methoden der quantitativen und qua-

litativen Zukunfts- und Sozialforschung, so mit Szenario-Methoden, Trendanalysen, Delphi-Methoden, Cross-Impact-Analysen, Simulationsmodellen, Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen, Kreativverfahren, Roadmapping, Öko- und Nachhaltigkeitsbilanzen, Fragebogentechniken, Fokusgruppenanalysen, Visionswerkstätten, Sustainable Value, Benchmarking, Horizon-Scanning etc.

Zuwendungs- und Auftraggeber für Forschungs- und Beratungsprojekte sind Bundes- und Länderministerien, Kommunen, Bundesforschungsanstalten, Stiftungen, Einrichtungen der Forschungsförderung wie die EU, die DFG, die Weltbank sowie nationale und internationale Institutionen, Verbände, Organisationen und Unternehmen der Wirtschaft.

## Die Leitung

*Rolf Kreibich, Prof. Dr. phil., Dipl.-Phys., Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer*



Prof. Dr. Rolf Kreibich

## Aufgaben und Profil

*Übergeordnete Aufgabenstellungen des SFZ sind die Erforschung und Gestaltung einer Nachhaltigen Entwicklung, lebenswerter Zukünfte und die Befruchtung der Zukunftsforschung in Deutschland.*

Vor dem Hintergrund der globalen Bedrohungen von Mensch und Natur soll das SFZ mit seinen Forschungsergebnissen und seiner Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, Spielräume für eine sozial-kulturell, ökologisch, wirtschaftlich und generativ verträgliche Zukunftsgestaltung aufzuzeigen. Die Forschungsarbeit fokussiert in erster Linie auf regionale und dezentrale Lösungsstrategien für globale Herausforderungen. Die Forschungsstrategie beruht auf der Anwendung modernster Methoden und Techniken der Zukunfts-, Innovations- und Sozialforschung. Integrativer Bestandteil sind vielfältige kommunikative und partizipative Arbeitsweisen mit Akteuren in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Bürgerschaft. Seit der Gründung ist die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken ein besonderes Kennzeichen der Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit am SFZ.

## Kontakt

### SFZ

Arminallee 22  
14185 Berlin  
Tel.: 030 838 629 58

### E-Mail:

rolf.kreibich@gmx.de  
sfz-fuberlin@gmx.de